

DIE TSCHECHOSLOWAKEI UND DER MARSHALL-PLAN

Von Karel Kaplan und Petr Přibík

Am 5. Juni 1947 verkündete der amerikanische Außenminister George C. Marshall das sogenannte European Recovery Program (ERP), ein Programm der Wirtschaftshilfe für das durch den Krieg schwer getroffene Europa. Zu einer Konferenz, die in Paris über diese Hilfe beraten sollte, wurden auch Staaten aus der sowjetischen Einflußsphäre eingeladen; mit Ausnahme der Tschechoslowakei lehnten alle ab.

1. Die tschechoslowakische Wirtschaft am Scheideweg

In der zweiten Hälfte des Jahres 1947 zeigten sich in der tschechoslowakischen Wirtschaft verstärkt Engpässe verschiedener Art. Wirtschaftsexperten hielten diese für Übergangsschwierigkeiten, hervorgerufen durch die wachsende Konkurrenz auf den Weltmärkten oder durch Unzulänglichkeiten in der Lenkung der heimischen Industrie und des verstaatlichten Außenhandels¹. Bald erwies sich aber, daß die Krisenzeichen ihre Ursachen in der eigenen ökonomischen Struktur und dem Konzept der Wirtschaftsentwicklung hatten.

In der Zwischenkriegszeit zählte die Tschechoslowakei zu den zehn industriell am weitesten entwickelten Ländern². Innerhalb der Donau-Monarchie erlebte die

¹ Archiv Ministerstva národohospodářského plánování [Archiv des Ministeriums für Volkswirtschaftliche Planung]. Prag (Sitzungen) 25. 6., 26. 6. und 17. 10. 1947 (zitiert A MNP).

² Nach dem Zensus (1930) ergab sich folgende Bevölkerungszugehörigkeit zu den wichtigsten Wirtschaftszweigen (in %).

Land	Landwirtschaft/ Forstwesen	Industrie/ Handwerk	Handel/ Bankwesen	Transport	andere
ČSR	32,9	34,3	7,0	6,8	18,9
Schweiz	21,3	45,0	14,6	4,4	14,7
Frankreich (1934)	35,7	33,7	12,5	5,0	13,1
Deutschland (1933)	28,9	40,4	13,6	4,8	12,3
Holland	20,6	38,1	15,8	7,6	17,9
Polen (1931)	60,0	14,1	4,8	3,2	1,6
Ungarn	50,8	23,0	5,7	2,8	17,7
Bulgarien (1934)	73,6	10,1	3,6	2,3	10,4

Netto-Sozialprodukt (1 Einwohner, Jahr 1938, US-Dollar)

	Landwirtschaft	Industrie	Forstwesen/ Baugewerbe	insgesamt
ČSR	32,3	60,0	11,0	104,0
Westeuropa	40,2	108,1	17,2	165,5

Hospodářské dějiny evropských socialistických zemí [Wirtschaftsgeschichte der europäischen sozialistischen Länder]. Prag 1977, 64.

Wirtschaft schlechthin während eines Zeitraums von fast hundert Jahren eine mehr oder weniger harmonische Entwicklung. Vor allem in Böhmen existierte eine reiche Kohlenbergbau-, Maschinen-, Konsumgüter-, besonders Textil-, Schuh- und Glasindustrie. Aber eine geringe Rohstoffbasis sowie ein begrenzter Inlandmarkt wurden später zu „traditionellen“ Problemen der tschechoslowakischen Wirtschaft. Auch nach dem Zweiten Weltkrieg mußte die Tschechoslowakei um Absatzmärkte kämpfen und ihre Stellung international behaupten ³.

Die Weltwirtschaftskrise der dreißiger Jahre verlangsamte eine vielversprechende Entwicklung, ihre sozialen Nachwirkungen veranlaßten Politiker und Wirtschaftsexperten, einen wirksamen Weg gegen etwaige Wiederholungen zu suchen. Nach Abklingen der Krise kam in Deutschland Hitler an die Macht, was zur Verunsicherung und zur Kapitalflucht ins Ausland führte. Damit waren auch der Modernisierung der Industrie Schranken gesetzt. Aufgrund der erhöhten Rüstungsausgaben wuchs der Anteil der Metallurgie und der Maschinenindustrie am Gesamtvolumen der Industrieproduktion besonders in der zweiten Hälfte der dreißiger Jahre sichtbar an ⁴.

Während des Krieges nahm — zum Nachteil für andere Industriezweige — die Maschinen-, Hütten- und Kohlenindustrie abermals einen Aufschwung. Die meisten Investitionen flossen in die Schwerindustrie, ein Drittel in den Maschinenbau ⁵. Die Zahl der metallverarbeitenden Betriebe im Protektorat Böhmen und Mähren betrug im Jahre 1942 15 792, im März 1945 schon 18 350 mit 469 059 Beschäftigten (Gesamtzahl aller Industriearbeiter: 954 000), mehr als doppelt so viele, verglichen mit 1939. In allen Zweigen der Schwerindustrie erhöhten sich die Beschäftigungszahlen ⁶. Ähnlich verlief die Entwicklung in der Slowakei, wo Hüttenwerke und Metallindustrie dominierten ⁷. Tschechische Neuerungen beschränkten sich während des Krieges nur auf die Rüstungsindustrie.

Der Zweite Weltkrieg veränderte die politische Karte Europas und zerstörte die bisherige ökonomische Struktur. Die Tschechoslowakei stand nun vor drei Problemen, die die weitere Entwicklung bestimmen sollten. Man mußte sich Rohstoffe für die heimische Industrie und Märkte für deren Produkte sichern, volle Beschäftigung garantieren und die wirtschaftliche Zusammenarbeit mit den Ländern der sowjetischen Einflußsphäre vertiefen. Bei den Verhandlungen mit der Sowjetunion in den Jahren 1945—1946 verlangten die tschechoslowakischen Vertreter

³ Der tschechoslowakische Import betrug im Jahre 1937 10 980 Mill. Kč, davon: 57,5 % Rohstoffe, 29,9 % industrielle Erzeugnisse. Export (1937): 11 972 Mill. Kč, davon: industrielle Erzeugnisse 71,8 %. Nach: *Průběh plnění hospodářského plánu. Rok 1947* [Die Erfüllung des Wirtschaftsplanes. Jahr 1947]. Prag 1948. Der tschechoslowakische Anteil am weltweiten Jahresumsatz erreichte 1937 beim Import: 1,4 %, Export 1,61 % bei einem Bevölkerungsanteil von 0,73 %.

⁴ Obwohl im Jahre 1937 das Ausmaß der Industrieproduktion des Jahres 1928 nicht erreicht wurde, erhöhte sich die Stahlproduktion auf 132 %.

⁵ Archiv Ústředního výboru KSČ [Archiv des Zentralkomitees der KPTsch]. Prag, Fonds 100/1, a. E. 638 (zitiert A ÚV KSČ). — A MNP, Fonds IV/1948.

⁶ E b e n d a.

⁷ Von allen Industriearbeitern waren im Juni 1944 29,7 % im Bergbau und in der metallverarbeitenden Industrie beschäftigt. E b e n d a.

eine Koordination der Produktion und empfohlen, den Handel zu erweitern⁸. Ministerpräsident Zdeněk Fierlinger und weitere Politiker stellten eine enge Verbindung der tschechoslowakischen Wirtschaft mit dem sowjetischen Fünfjahresplan in Aussicht. Im Herbst 1946 besuchte Industrieminister Laušman auch Rumänien, Bulgarien, Polen und Jugoslawien und verlangte die Lieferung von Investitionsgütern⁹. 1946—1948 schloß die Tschechoslowakei fünfjährige Handelsabkommen mit der UdSSR, Polen, Jugoslawien und Bulgarien in Höhe von 49,4 Milliarden Kč, davon 33,4 Milliarden für Investitionsgüter¹⁰. Kommunistische Politiker waren die eifrigsten Verfechter des Gedankens, die ehemals deutsche Rolle des Seniorpartners bei der Industrialisierung Mittel- und Südosteuropas zu übernehmen; er wurde zur Grundlage des ersten Fünfjahresplans. Der damalige Ministerpräsident Klement Gottwald begründete seinen Vorschlag: „Deutschland ist aus dem Wettbewerb auf den internationalen Märkten vor allem in Chemie und Maschinenbau ausgeschieden. Und unser Plan sollte es uns möglich machen, seine Stellung zu erobern. Diese Entwicklung fordern auch unsere Verbündeten, die Staaten mit Planwirtschaft in Mittel- und Südosteuropa¹¹.“ Gottwald erwartete eine Steigerung der Schwerindustrie in den Jahren 1949—1953 um 200 %; dazu mußte die tschechoslowakische Industrie umstrukturiert werden.

Der kommunistische Entwurf rechnete mit einer gesicherten Ausfuhr vor allem von Investitionsgütern nach dem Osten und mit der Einfuhr notwendiger Rohstoffe und moderner Industrieanlagen aus dem Westen. Während die Ausfuhr an Konsumgütern sinken sollte, erhoffte man sich sichere Absatzmärkte für die Erzeugnisse der Schwerindustrie. Als problematisch erwies sich jedoch die Frage der Rohstoffsicherung.

Gegen diese Konzeption sprachen sich Wirtschaftsexperten der demokratischen Parteien aus. Nach ihrer Überzeugung war die tschechoslowakische Industrie durch die bereits abgeschlossenen Verpflichtungen schon überfordert. Sie wiesen auf die Zahlungsbilanzschwierigkeiten gegenüber den Ländern Mittel- und Südosteuropas hin¹², warnten vor negativen Resultaten einer übertriebenen ökonomischen Abhängigkeit und betonten die Notwendigkeit des Warenaustausches mit den hochentwickelten westlichen Staaten. Wohl waren sie auch für notwendige strukturelle Änderungen, wehrten sich aber gegen abrupte Umgestaltung der sozusagen natürlich gewachsenen Industriestruktur. Entgegen der kommunistischen Vorstellung von einer Tschechoslowakei als Schmiede Mittel- und Südosteuropas gingen sie von zwei Voraussetzungen aus: Die Rohstoffbasis des Landes war arm, die Erfahrungen der Industriearbeiter dagegen reich. Sie empfahlen, sich an der schweizerischen und

⁸ Archiv Úřadu předsednictva vlády [Archiv des Regierungspräsidiums]. Prag, Sitzungsprotokolle der Regierung vom 2. 7. 1945 und 16. 4. 1946, Geheimteil (zitiert A ÚPV). — A MNP, Fonds GSHR, Ordner 116, a. E. 5247, Ordner 128, a. E. 67.

⁹ A MNP, Fonds GSHR, a. E. 738.

¹⁰ Československé hospodářství v letech 1948—1954 [Die tschechoslowakische Wirtschaft in den Jahren 1948—54]. Bd. 1: Kaplan, Karel / Snítíl, Zdeněk: Výchozí stav hospodářství [Die Ausgangsposition der Wirtschaft]. Prag 1969, 97.

¹¹ Gottwald, Klement: Spisy [Gesammelte Werke]. Bd. 14. Prag 1958, 146.

¹² A MNP, Fonds GSHR, a. E. 646.

schwedischen Ökonomie zu orientieren¹³. Die Kommunisten setzten sich jedoch am Ende der Diskussion durch.

Das Hauptproblem nach dem Krieg war die Umgestaltung der Industrie. In den letzten Kriegsmonaten hatte sich in den historischen Ländern die Rüstungsindustrie konzentriert, da viele Industriebetriebe aus dem Reich nach Böhmen verlegt worden waren¹⁴. Der Übergang verlief einigermaßen fließend. 1947 erreichte der Index der Industrieproduktion 92 % des Vorkriegsniveaus¹⁵. Der Mangel an Waren im Nachkriegseuropa kam der tschechoslowakischen Industrie zugute. So erreichte der Export Mitte 1947 — verglichen mit dem Stand von 1937 — 83,6 %, der Import 94,8 %¹⁶. Auch die regionale Struktur des Außenhandels entwickelte sich positiv¹⁷. Aufgrund der Erneuerung der alten Struktur fehlte es an neuen Industriezweigen, die für den Übergang zu einer modernen Industriegesellschaft notwendig sind. Während es in anderen Staaten zu einer Umorientierung auf Elektrotechnik, Kunststoffe, Chemie, Optik und Meßgeräte kam¹⁸, hatten diese Industriezweige in der Tschechoslowakei nur wenig Bedeutung oder waren überhaupt nicht vertreten.

¹³ A MNP, Fonds: Dokumentation, a. E. 86; Fonds ÚPK, Sitzung v. 8. 1. 1948. — Beitrag von J. Hejda: Hospodářský program 28. října [Das Wirtschaftsprogramm vom 28. Oktober]. Prag 1947, 2—3. — Lidová demokracie [Volksdemokratie] v. 21. und 22. 10. 1947, 1. — Svobodné slovo [Freies Wort] v. 8. 11. und 12. 12. 1947. — Čas [Die Zeit] v. 22. 10. 1947. — Svobodný zítřek [Der freie Morgen] v. 16. 10. 1947.

¹⁴ In den ersten sechs Monaten 1945 waren in rüstungsorientierten Betrieben insgesamt 120 000 Beschäftigte arbeitslos. A MNP, Fonds GSHR, a. E. 128—67.

¹⁵ Etwa zur selben Zeit ergab sich folgender Vergleich (Index 100): USA 164, Frankreich 80, Belgien 84, Holland 85, Italien 62, Dänemark 100, Schweden 108, Norwegen 122, Finnland 76.

¹⁶ A MNP, Fond GSHR, a. E. 384: Zpráva o hospodářské situaci pro předsedu vlády, září 1947 [Ein Bericht über die Wirtschaftslage für den Ministerpräsidenten, September 1947].

¹⁷ Anteil am Import und Export (in %) für das Jahr 1947:

	Import	Export
Belgien	4,6	6,4
Großbritannien	11,7	6,5
Frankreich	3,5	3,1
Jugoslawien	4,7	6,2
Holland	5,8	8,6
UdSSR	6,7	4,9
Schweden	6,9	7,3
Schweiz	7,7	10,2
USA	10,2	4,4

Tschechoslowakische Statistik. Reihe 3. Bd. 177, 11—12; Bd. 179, 11—12; Bd. 182.

¹⁸ Produktionsindex der „alten und neuen“ Industriezweige (Jahr 1948).

Staat	„alt“		„neu“	
USA 1937 = 100	Kohleförderung	131	Aluproduktion	426
	Baumwolle	146	Chemie	226
	Gerbereien	109	Waschmaschinen	263
Großbritannien 1937 = 100	Kohleförderung	87	Aluproduktion	158
	Eisenproduktion	109	Dreschmaschinen	237
	Baumwolle	52	Stickstoffdünger	192
	Schuhindustrie	102	Kunstseide	103

Der Zweijahresplan, der auf kommunistischen Vorschlag von einer gemeinsamen Kommission ausgearbeitet wurde, rechnete mit einer Erhöhung der Industrieproduktion — verglichen mit 1937 — um 10 %. Steinkohleförderung sollte 107 %, Braunkohle 137 %, Koks 111,7 %, Eisen 88 %, Stahl 104,3 %, Zement 96 %, Walzmaterial 103,1 %, Papier 103 % und Schuhe 83 % erreichen¹⁹.

Die Eisen- oder Stahlkonzeption beschäftigte die Zentralplanungskommission am meisten. Die Abhängigkeit der tschechoslowakischen Schwerindustrie, vor allem des Maschinenbaus, von den heimischen Kokereien und dem hohen Eisenerzimport schränkten die Produktionskapazität automatisch ein. Aufgrund des technischen Zustands waren die Produktionsmöglichkeiten der Hüttenwerke begrenzt. Der Generaldirektor der Hüttenwerke Jičínský erklärte schon ein Jahr nach Kriegsende, daß sich die Produktion nur durch eine Erhöhung der Zahl der Arbeitskräfte um 7 % auf das Niveau des Jahres 1937 steigern lasse. Es dürfte sehr schwer sein, die 1937 erbrachte Leistung zu überschreiten, meinte er²⁰. Der ursprüngliche Vorschlag lautete aber, die Produktion 1946 auf 110 %, verglichen mit 1937, und 1947 um 40 % gegenüber 1946 zu steigern. Zwei Tage später machte die Planungskommission aufgrund der von der Generaldirektion der Hüttenwerke errechneten Angaben Bilanz. Sie ergab ein Defizit von 620 000 Tonnen bei der Eisen- und 475 000 Tonnen bei der Stahlerzeugung²¹. Die Planungskommission beauftragte daraufhin Jičínský, neue Vorschläge zur Erhöhung der Produktion auszuarbeiten. In seinem Bericht vom 30. September 1946 stellte er folgende Bedingungen²²: 1. Hüttenwerke, die unwirtschaftlich arbeiteten, mußten ihre Arbeit einstellen; 2. Eisenhüttenkombinate sollten 4500 Arbeiter neu einstellen und erhöhte Lieferungen an Kohle (550 000 Tonnen) und Koks (80 000 Tonnen) bekommen; 3. mindestens 50 % des russischen Eisenerzes mußten 60 % Eisengehalt haben²³. Aber selbst unter diesen Bedingun-

Westdeutschland	Kohleförderung	79	Elektrotechnik	106
1936 = 100	Stahlerzeugung	38	Optik und Mechanik	53
	Schuhindustrie	48	Autoindustrie	30
	Schiffbau	27	Gummi- und Asbest- erzeugnisse	82
	Walzeisen	41		
Frankreich	Kohleförderung	96	Energie	139
1938 = 100	Eisenerzförderung	70	Aluminium	143
	Eisenproduktion	109	LKWs	238
	H ₂ SO ₄ -Produktion	100	Chemie	128
	Wolle	109	Kunstseidegarn	156

K hospodářské situaci kapitalistického světa v letech 1946—1951, 19 [Zur Wirtschaftslage in der kapitalistischen Welt in den Jahren 1946—1951]. Prag 1954, 56—58.

¹⁹ Sběrka zákonů a nařízení ČSR [Sammlung der Gesetze und Verordnungen der ČSR] 1946/192. — Statistická ročenka ČSR 1957 [Statistisches Jahrbuch 1957]. Prag 1958, 15 f.

²⁰ A MNP, Fonds ÚPK, Sitzung v. 27. 9. 1946.

²¹ E b e n d a, Sitzung v. 28. 9. 1946.

²² E b e n d a, Sitzung v. 30. 9. 1946.

²³ E b e n d a, Sitzung v. 17. 12. 1946. — Vor dem Krieg deckte man den Eigenbedarf an Eisenerz zu 50 % aus dem Import, davon kam etwa die Hälfte aus Schweden. In den Jahren 1947/48 stieg der Import auf zwei Drittel an, davon 70—80 % aus Schweden. Dies wurde von Jičínský damit begründet, daß man die erhöhten Planziele erfüllen müsse, „das russische Material aber nicht so gut ist wie das schwedische“.

gen konnte nicht einmal der Eigenbedarf gedeckt werden. 1946 gab es zwar keine Schwierigkeiten in bezug auf das Eisenerz, dafür aber mit den Kokslieferungen. Da die einheimischen Hochöfen veraltet waren — von den ursprünglichen 14 waren nur noch 7 in Betrieb —, stellte man Überlegungen an, neue, aus Österreich importierte, aufzustellen, doch aus dieser Transaktion wurde nichts²⁴. Auch Pläne, die seit Herbst 1947 immer wieder auftauchten, neue Betriebe zu bauen, selbst wenn mit einem Überschuss an Eisen und Stahl auf dem Weltmarkt zu rechnen war, wurden nicht realisiert²⁵.

Die Neuorientierung auf die Schwerindustrie ging auf Kosten der anderen Grundindustrien. So strich die Planungskommission z. B. langfristige Investitionsmittel für die chemische Industrie²⁶, und zuständige Ministerien lehnten 1946 einen Vorschlag, Aluminium selbst zu erzeugen, ab, obwohl die Tschechoslowakei unter den bedeutenden Staaten der einzige war, der „keine eigene Aluindustrie hatte“²⁷.

Wirtschaftsexperten wiesen darauf hin, daß die Tschechoslowakei technisch hinter den fortschrittlichen Ländern zurückbleibe²⁸. In der Folge stießen daher tschechoslowakische Produkte zunehmend auf die ausländische Konkurrenz. Sowohl Politiker als auch Wirtschaftsexperten sahen in der verstaatlichten Industrie und Planwirtschaft günstige Voraussetzungen für eine relativ schnelle Erneuerung der In-

²⁴ A MNP, Fonds ÚPK, Sitzung v. 7. 11. 1946. — Der Kauf von vier Hochöfen in Österreich wurde von Experten so begründet: „Unsere Eisenhütten sind überwiegend veraltet. Man muß sie schleunigst erneuern ... Der schlechte Zustand der Hochöfen ist an den hohen Produktionskosten schuld. Es wäre für uns gut, wenn wir moderne bekämen.“ Dagegen sprachen politische Gründe, auch Befürchtungen, daß man den Import aus Wien nicht bewilligen werde.

²⁵ E b e n d a, Sitzung v. 19. 2. 1948.

²⁶ E b e n d a, Sitzung v. 27. 9. 1946. — Der Generaldirektor der chemischen Industrie J. Tichý argumentierte so: „... Unsere Chemie ist furchtbar rückständig. Wir investierten nichts in die Forschung, wir kauften Lizenzen.“ Tichý sagte weiter, daß der Zweijahresplan kein Hindernis sein sollte, bestimmte Investitionen zu machen, die sich erst später auswirken würden.

²⁷ A MNP, Fonds GSHR, Ordner 1, a. E. 38. — Die Generaldirektion der Hüttenwerke sprach sich gegen den Bau aus, weil der Preis des tschechoslowakischen Aluminiums um etwa 90 % höher läge als auf dem Weltmarkt. Das Generalsekretariat des Wirtschaftsrates wollte dagegen den Vorschlag durchsetzen, weil man Devisen einsparen könnte und weil „die Nutzung des Aluminiums als eines der wichtigsten Nichteisenerze der zeitgenössischen Technik nur im Falle der heimischen Erzeugung möglich ist“. Nach den Schätzungen des Rates hätten die Alupreise das Weltniveau nicht überstiegen. Man rechnete nämlich mit den Einrichtungen in den ehemals deutschen Betrieben und mit Lieferungen im Rahmen der ungarischen Reparationen.

²⁸ A MNP, Fonds ÚPK, Sitzung v. 25. 9. und 27. 9. 1946; Fonds GSHR, a. E. 384: Zpráva o hospodářské situaci ..., a. E. 138: Československý průmysl v roce 1946 [Die tschechoslowakische Industrie im Jahre 1946]. Man stellte in dieser Studie über die Hüttenwerke unter anderem fest: „In unseren Hüttenwerken entsprechen heute nur einige Einrichtungen den Erfordernissen der modernen Produktionstechnik. Die überwiegende Mehrheit wurde vor 30–50 Jahren errichtet. In den nächsten zehn Jahren erwartet uns die Erweiterung der Produktion um mehr als 50 % und der Austausch der heute benutzten Technik. Es geht um Milliardenprojekte, ohne die wir unsere entwickelte Industrie nicht auf die erforderliche Höhe werden heben können, und so hinter den anderen Nationen nachhinken werden.“

dustrie. Strittig war die Frage, ob dies mit eigenen Kräften zu schaffen sei, oder mit Hilfe ausländischer Kredite²⁹. Für den ersten Weg fehlten aber ausreichende Mittel; hier beanspruchte die Stahlkonzeption die meisten Investitionen. Außerdem gab es keine Forschung. Vor dem Krieg hatte sich die Wirtschaft mit dem Kauf von Lizenzen begnügt, nur einige Konzerne hatten eigene Forschungslabors betrieben. Nach 1945 versuchte das Industrieministerium vor allem die technische Forschung planmäßig zu leiten und zu koordinieren, aber am Vorkriegszustand hat sich bis 1947 nichts Wesentliches geändert³⁰. Der andere Weg — sich Hilfe bei technisch entwickelten Staaten zu holen — hing von der Außenhandelsbilanz und der Möglichkeit, langzeitige Kredite aufzunehmen, ab.

Die industrielle Entwicklung verlief in den beiden ersten Nachkriegsjahren erfolgreich. Ab der zweiten Hälfte des Jahres 1947 aber zeigten sich immer deutlicher negative ökonomische Auswirkungen der Vertreibung von mehr als drei Millionen Deutschen. So fehlte es nicht nur in den Grenzgebieten an Arbeitskräften. Besonders empfindlich traf die Industrie der Mangel an qualifizierten Facharbeitern in den traditionellen Exportzweigen, während die nach Westdeutschland abgeschobenen Deutschen mit ihren Produkten der Tschechoslowakei auf dem Weltmarkt Konkurrenz machten. Auch in der Landwirtschaft sank die Produktion wegen der Vertreibung der Deutschen.

In den ersten beiden Nachkriegsjahren waren die tschechoslowakischen Devisen und Goldreserven zwischen Oktober 1946 und April 1947 von 4,2 Milliarden Kčs auf 5,6 Milliarden angewachsen³¹. Im Juni 1947 aber ergab sich in der Handelsbilanz mit den westlichen Ländern bereits ein Passivum von 1,5 Milliarden, das weiterhin anstieg. Besonders prekär war das Defizit gegenüber den Vereinigten Staaten von Nordamerika (Ende 1947 1705 Mrd. Kčs) und Großbritannien (1537 Mrd. Kčs)³², das ein Abschöpfen der Reserven verursachte³³. Dagegen wies die Tschechoslowakei ein Aktivum im Handel mit den Ländern des Ostblocks auf³⁴.

Erst im Herbst 1947 betrachteten tschechoslowakische Wirtschaftsexperten das hohe Defizit mit ernster Sorge. Noch im Februar plädierte der Generaldirektor der Nationalbank B. Chmela in einem Bericht an die Planungskommission für eine passive Leistungsbilanz, um auf diese Weise Kredite von der Internationalen Bank zu bekommen, und empfahl daher eine erhöhte Einfuhr von Investitionsgütern. Die Kommissionsmitglieder hielten eine passive Zahlungsbilanz für riskant, be-

²⁹ A MNP, Beratung der Wirtschaftsjournalisten v. 13. 11. 1947.

³⁰ 1945 gab es keine Forschungsinstitute für Bergbau, Maschinenindustrie, Energie, Holz, Papier und Bauwesen. Die Hüttenindustrie verfügte über fünf Überprüfungsstellen, die chemische Industrie sowie die Glashütten über jeweils drei Institute, die Textilindustrie hatte ein Institut, das aus Deutschland verlegt worden war, für Plastikstoffe wurde nach mehreren Ansätzen ein Institut in Zlín (Gottwaldau) errichtet (Nach dem vom Industrieminister Laušman vorgelegten Bericht: Der heutige Stand der technischen Forschung in der ČSR, v. 30. 9. 1945).

³¹ A ÚV KSC, Bulletin ústavu pro hospodářské a sociální výzkum [Bulletin des Instituts für wirtschaftliche und soziale Forschung] 2 (1948) Nr. 8—10.

³² A MNP, a. E. 384: Zpráva o hospodářské situaci.

³³ A ÚV KSC, Bulletin (siehe Anm. 31).

³⁴ E b e n d a. Statistický zpravodaj [Statistischer Bote]. (1947) 168.

willigten aber schließlich doch maximal eine halbe Milliarde Kčs³⁵. Noch im Juni 1947 waren Mitglieder der Planungskommission überzeugt gewesen, daß „in Betracht der heutigen allgemeinen Situation die Gesamtentwicklung des Außenhandels befriedigend ist. Wir haben alles, was wir für die Produktion brauchen, importiert und alle Produkte der zukunftsweisenden Industriezweige (alles, was wir nur wollten) exportiert . . . Es gibt keinen Grund zur Panik. Der Außenhandel entwickelt sich befriedigend und günstig. Das einzige Minus gibt es im Dollarbereich als Resultat der Tätigkeit unserer Ankäufer, die bestrebt sind, in solche Länder zu verkaufen, wo sie das meiste Geld für unsere Produkte bekommen . . .“ Die kommunistischen Experten sahen sich durch den Mißerfolg auf den westlichen Märkten in ihrer Meinung bestätigt: „man sollte sich nach dem Bedarf der slawischen Staaten richten“, also vor allem die Schwerindustrie weiter ausbauen³⁶. Drei Monate später war in einem Bericht über die wirtschaftliche Situation, den Ludvík Frejka (KPTsch) für den Ministerpräsidenten auf Anforderung Moskaus ausarbeitete, von diesem Optimismus keine Spur mehr. Frejka sah eine Verbesserung der ungünstigen Zahlungsbilanz nicht in einer verstärkten „slawischen Orientierung“, sondern in einer sofortigen Erhöhung der Ausfuhr in den Dollar- und Pfundbereich und in der Rationalisierung und Spezialisierung der konkurrenzfähigen Industrie³⁷.

Im Oktober/November 1947 sprach man auch in der Planungskommission oft von einer „kritischen Situation bzw. von einem alarmierenden Zustand des Außenhandels“. Als Hauptursache galt die veränderte Lage auf den Weltmärkten. Man stellte aber auch fest, daß wirtschaftliche Änderungen durch die politische Lage beeinflußt würden und eine Besserung für die Tschechoslowakei deswegen nicht zu erwarten sei. Manche sahen im Marshall-Plan eine gewisse Hoffnung (bessere Bedingungen für den Export, amerikanische Kredite, Einfuhr auch aus Staaten außerhalb des Marshall-Plans), ihre Gegner jedoch betrachteten ihn als Komplikation, „man sei mit einer weiteren schweren Situation konfrontiert“³⁸.

Auch wenn nun alle Wirtschaftsexperten dieselben Ursachen für die wirtschaftliche Misere nannten, konnten sie sich doch nicht auf eine gemeinsame Methode einigen, sie zu überwinden. Während die Kommunisten auf der „slawischen Orientierung und auf der Vertiefung des Handels mit dem Sowjetblock bestanden, wies

³⁵ A MNP, Fonds ÚPK, Sitzung v. 20. 2. 1947. — Chmela argumentierte so: „Einen Kredit bekommen wir nur in dem Falle, daß unsere Zahlungsbilanz negativ ist.“ Ihm sei gesagt worden, daß sowohl die Handels- als auch die Zahlungsbilanz passiv sei, insgesamt 8 Milliarden Kčs. — In diesem Sinne informierte er den IMF und die Internationale Bank in den USA. Und weiter: „Wir brauchen keine Maßnahmen, was den Einkauf von Reserven betrifft. Dafür werden wir schon Devisen haben. Wir haben im Ausland im voraus bezahlt.“

³⁶ A MNP, Fonds ÚPK, Sitzung v. 25. 6. und 26. 6. 1947. — M. Reiman, Mitglied der Planungskommission (KPTsch): „Die Analyse beweist, daß wir, was die Überschüsse unserer Industrie betrifft, an die Zukunft denken müssen. Wir müssen auch über die Umgestaltung unserer Industrie diskutieren. Was wir entbehren können, ist für uns nationalökonomisch überflüssig.“ Ein Vertreter der Volkspartei, Mixa, meinte: „Wir sollten (ausgehend von den Bedürfnissen unseres Außenhandels) wünschenswerte Strukturänderungen der Industrie analysieren . . .“

³⁷ A MNP, a. E. 384: Zpráva o hospodářské situaci.

³⁸ E b e n d a, Fonds ÚPK, Sitzung v. 20. 11. 1947.

Chmela auf das Dilemma dieser Politik hin: „Der erhöhte Warenumsatz mit dem Sowjetblock wäre nur möglich, wenn sich auch die Einfuhr aus dem Dollar- und Pfundbereich erhöhte. Ansonsten kann man weitere Verpflichtungen eingehen bzw. erfüllen. Man riskiert Arbeitslosigkeit“³⁹. Und später: „Diese unentbehrlichen Dinge (d. h. Maschinen) sind vom Westen zu besorgen. Wir können auf Amerika nicht verzichten“⁴⁰. Die Planungskommission entschied daher: 1. alles nur Mögliche zu exportieren, 2. Importe um mindestens 20 % abzubauen, vor allem von Investitionsgütern, und die Rohstoffeinfuhr zu sichern, 3. einen Export-Importfonds zu errichten, der die heimische Industrie vor Schwankungen auf dem Weltmarkt schützen sollte⁴¹.

Obwohl man diese Schwankungen voraussehen konnte, wurden die tschechoslowakischen Wirtschaftsexperten von ihnen überrascht. Sie hatten sich einerseits durch die ersten Erfolge nach dem Krieg, andererseits durch die ausgleichend wirkenden UNRRA-Einfuhren täuschen lassen. Im Rahmen der UNRRA-Hilfe bekam nämlich die Tschechoslowakei bis zur Mitte des Jahres 1947 z. B. Industrieanlagen und Rohstoffe im Wert von 12,64 Milliarden Kčs⁴². 1945 war die UNRRA-Hilfe dreimal so hoch wie der bezahlte Gesamtimport, 1946 erreichte sie 70 %, Mitte 1947 nur noch ein Viertel⁴³ und wurde dann ganz eingestellt. Als die Devisenreserven zu Ende gingen, half man sich vorübergehend mit dem vor dem Krieg nach England gebrachten tschechoslowakischen Gold⁴⁴, wurde jedoch ab Mitte 1947 praktisch gänzlich vom Export abhängig. Zu jener Zeit wurde vielen klar, daß die tschechoslowakische Industrie veraltet und daher nicht mehr konkurrenzfähig war⁴⁵. Die Hoffnung der Politiker und Wirtschaftler, es würde mindestens eine Generation dauern, bis sich die deutsche Konkurrenz wieder erholt hätte, man könne also

³⁹ E b e n d a, Sitzung v. 15. 10. 1947.

⁴⁰ A MNP, Beratung der Wirtschaftsjournalisten v. 13. 11. 1947.

⁴¹ A MNP, Fonds ÚPK, Sitzungen v. 15. 10., 17. 10., 20. 11. 1947.

⁴² E b e n d a, a. E. 384: Zpráva o hospodářské situaci.

⁴³ Zum 31. 12. 1956 wurden für den normalen Import und für die UNRRA-Hilfe diese Angaben gemacht:

	Import	UNRRA
Zink	19 763 dz	74 852 dz
Zinn	1 400	8 375
Nickel	1 876	4 056
Aluminium	12 251	59 884
Magnesium	70	1 568
Manganerz	41 076	253 940
Borax	1 014	28 140
Jute	15 072	74 910

* A MNP, a. E. 138: Československý průmysl v roce 1946.

⁴⁴ A MNP, Beratung ... v. 13. 11. 1947.

⁴⁵ Der Wirtschaftsrat der KPTsch stellte 1948 fest, daß vom amerikanischen Markt die vor dem Krieg exportierten Waren durch andere Erzeuger verdrängt wurden: Lederwaren durch Argentinien, England und Mexiko; Baumwollstoffe durch England und Belgien; Papier durch Kanada und Schweden usw. Als Ursachen für diese neue Lage wurden genannt: hohe Preise, Nichteinhaltung der Lieferfristen und niedrige Qualität (Archiv des Instituts für Marxismus-Leninismus, Prag. A ÚML, Fonds: Hospodářská rada KSČ, Sitzung v. 15. 7. 1948).

inzwischen die ehemaligen deutschen Märkte erobern, erwies sich als trügerisch. Vor allem die deutsche Leichtindustrie erneuerte sich rasch mit amerikanischer Hilfe und lieferte vielfach bessere Erzeugnisse⁴⁶. Schon im Frühjahr 1946 begannen ausländische Firmen tschechoslowakische Exportwaren abzulehnen. Niedrige Arbeitsleistungen, hoher Lohnanteil am Gesamtpreis der Ware und technischer Stand der Produktion wurden als Ursachen für die hohen Preise genannt⁴⁷. Im Vergleich zu 1939 wuchsen die Reallöhne um 35 %, der Lohnanteil um 12 % und die Sozialabgaben um 26 %⁴⁸.

Schlechte Qualität und hohe Preise⁴⁹ belasteten die Außenhandelsbilanz besonders schwer in dem traditionell erfolgreichen Export der Textil- und Maschinenbauindustrie. 1937 exportierte der Textil-Leder-Gummi-Sektor 30 % eigener Produktion, 1947 nur noch 10 %⁵⁰. Die Textilindustrie deckte mit ihrem Export nur 40–45 % der Rohstoffeinkäufe, und 1947 war ihre Außenhandelsbilanz mit 3,23 Milliarden Kčs passiv⁵¹. Die Metallindustrie erfüllte während der ersten neun Monate 1947 nur ein Drittel des Plansolls⁵². Zudem zeigten die Betriebe Desinteresse am Export und zogen es vor, konkurrenzlos auf dem heimischen Markt oder in die Länder des Ostblocks zu verkaufen⁵³.

Auf einen anderen Aspekt machte Frejka Gottwald aufmerksam: „Die erhebliche Abhängigkeit unserer Wirtschaft von der übrigen Welt macht es uns unmöglich, den politischen Einfluß abzuwehren ..., die gesamtwirtschaftliche Konzeption beruht auf ihr“⁵⁴.

Das Regierungsprogramm vom 8. Juli 1946 setzte die Richtlinien des Zweijahresplans fest. An erster Stelle stand die Erweiterung der Exporte in die Ostblockländer. Gottwald erklärte: „Unsere Einfuhren werden wir vorwiegend durch Ausfuhren finanzieren“⁵⁵. „Aber je mehr man mit dem Osten ins Geschäft kam, desto mehr mußte man aus dem Westen importieren — manche Rohstoffe zu 100 %“⁵⁶ —,

⁴⁶ A MNP, Fonds GSHR, a. E. 1: Důvěrné zprávy odboru pro politické zpravodajství ministerstva vnitra v. 13. 4., 27. 4., 11. 5., 8. 6., 6. 8. 1946 [Vertrauliche Mitteilungen der Abteilung für politisches Nachrichtenwesen des Innenministeriums]. — Svobodný zítřek 3, Nr. 27, 9; Nr. 43, 7. — Hospodář [Wirtschaftler] v. 6. 3. 1947, 1; 13. 3. 1947, 1. — Hospodářská politika [Wirtschaftspolitik] v. 31. 3. 1947, 1; 29. 5. 1947, 1. — Československý průmysl (1947) Nr. 10, 356. — Světové rozhledy [Weltrundschau] (1947) Nr. 7, 598. — Obchodní rozhledy [Handelsrundschau] (1947) 91 f., 98 f. — Obzory [Horizonte] 2, Nr. 48, 753 f.

⁴⁷ A MNP, Fonds GSHR, a. E. 6–58.

⁴⁸ E b e n d a, a. E. 131: Československý průmysl v polovině roku 1946; a. E. 384: Zpráva o hospodářské situaci.

⁴⁹ A MNP, Fonds GSHR, a. E. 90; Fond ÚPK, Sitzung v. 15. 10. 1947.

⁵⁰ A MNP, Fonds VM SÚP, a. E. 7–238.

⁵¹ A ÚV KSČ, Bulletin ústavu pro hospodářský a sociální výzkum (1949) Nr. 1–2.

⁵² E b e n d a, a. E. 384: Zpráva o hospodářské situaci.

⁵³ E b e n d a, Fonds ÚPK, Sitzung v. 4. 6. 1947.

⁵⁴ E b e n d a, a. E. 384: Zpráva o hospodářské situaci.

⁵⁵ G o t t w a l d: Spisy XIV 1958, 167.

⁵⁶ Noch 1949, nach einer Reihe von Eingriffen, die die Abhängigkeit von den Westmärkten reduzieren sollten, importierte die ČSR aus dem Dollar- und Pfundbereich: 60,5 % Baumwolle, 84,7 % Leder, 48,2 % Aluminium, 51,2 % Öl, 58,2 % Kupfer, 28 % Blei, 43,6 % Zinn, 35,3 % Magnesium (A MNP, Fonds VM SÚP, a. E. 31). Des

und die osteuropäischen Länder waren nicht imstande, die tschechoslowakischen Erzeugnisse mit harten Devisen zu bezahlen. Auch war eine eventuelle Modernisierung der Industrie nur im Zusammenhang mit den industriell entwickelten Staaten möglich ⁵⁷.

Die Dürre von 1947 brachte einen Rückgang der Landwirtschaftsproduktion ⁵⁸. Das Nationaleinkommen sank um 10—15 Milliarden Kčs, und die Mißernte machte außerordentliche Einfuhren notwendig. 1937 betrugen die Lebensmitteleinfuhren 11 % des Gesamtimports, 1947 19 % und 1948 29,1 % ⁵⁹; Regierung und Planungskommission machten zur Überwindung der Lebensmittelknappheit verschiedene Vorschläge. Ernährungsminister Václav Majer (SDP) und seine Parteifreunde empfahlen eine außerordentliche Einfuhr von 40 000 Waggons Getreide und Futtermittel, die Kommunisten und der Außenhandelsminister Ripka (Nationalsozialisten) waren dagegen, da man diese Einkäufe nur mit Devisen bezahlen konnte, was sich für die Einfuhr von Rohstoffen und Investitionsgütern nachteilig auswirken mußte. Ripka war für Einkünfte gegen harte Devisen oder hochwertige Industrieerzeugnisse nur für den Fall, daß „das Volk“ hungert ⁶⁰. Auf Wunsch Ripkas bat Gottwald am 25. November 1947 Stalin um eine Erhöhung der Getreidelieferungen. Die Sowjetunion zeigte sich bereit, Gottwalds Wunsch zu entsprechen, verlangte aber hochwertige metallurgische Erzeugnisse ⁶¹. Ripka versicherte später, „Sowjetische Preise sind sehr günstig, anderswo mußten wir wesentlich mehr zahlen“ ⁶².

weiteren wurden aus der „kapitalistischen“ Welt importiert: 50 % Eisenerz, 73 % Wolle, 98 % Eisenkies, 77 % Kautschuk, 83 % Maschinen, 87 % Kugellager, 99 % Farben und Lacke, 63 % chemische Erzeugnisse.

⁵⁷ A MNP, Fonds ÚPK, Sitzungen v. 25. 6., 17. 10., 20. 11. 1947.

⁵⁸ Die Ernte ergab 63 % Kartoffeln, 48 % Zuckerrüben, 53 % Futtermittel — 33 % des Plansolls. Besonders niedrig lagen die Erträge bei den neuen Bauern in den ehemals deutschen Gebieten, die keine großen Erfahrungen hatten.

⁵⁹ Import in Tonnen

	1934—38	1947	1948
Weizen	50 185	67 771	222 802
Roggen	43 031	.	101 535
Gerste	71	6 024	23 946
Mais	111 854	33 034	361 946

A MNP, Fonds VM ŠÚP, a. E. 90—1915.

⁶⁰ A ÚPV, Protokolle der Regierungssitzungen v. 22. 8., 14. 10. 1947. — Außenhandelsminister Ripka behauptete, man könne höchstens 20 000 Waggons aus Jugoslawien bzw. Rumänien, nichts aus Bulgarien importieren. M MNP, Fond ÚPK, Sitzung v. 20. 10. 1947. Die Planungskommission empfahl die Einfuhr von 20 000 Waggons Getreide nicht.

⁶¹ A ÚPV, Protokolle ... Sitzung v. 1. 12. 47. — Die Sowjetunion forderte 1948 außerdem noch 50 000 Tonnen Ölrohre und 50 000 Tonnen Geleise.

⁶² Archiv der Föderalversammlung (Parlament). Prag, A FS, Fonds Außenpolitischer Ausschuß ÚNS, Sitzung v. 28. 1. 1948. Nach einer Information von Außenhandelsminister Ripka war der Preis loco tschechoslowakische Grenze 6100 Kčs für Weizen, 6279 für Roggen, 5668 für Mais, 5107 für Gerste pro Tonne. Damit ergab sich ein Unterschied der amerikanischen Preise von ca. 931 300 000 Kčs gegenüber den argentinischen und kanadischen Preisen von ca. 1 779 857 000 Kčs. Im Durchschnitt lagen also die sowjetischen Preise um 1 350 000 000 Kčs günstiger.

Mit Zustimmung der Kommunisten erklärte die tschechoslowakische Regierung mehrmals, daß sie für verstaatlichtes, aber nicht konfisziertes Eigentum die Besitzer entschädigen werde. Im Dezember 1945 stimmten die Kommunisten sogar zu, daß „ausländische Investoren dieselben Wertpapiere bekämen wie die einheimischen Aktionäre, wobei die Frage erörtert werden sollte, ob die Dividenden in ausländischen Währungen ausgezahlt werden könnten“⁶³. Der ursprüngliche Vorschlag, ausländische Investoren mit „Ersatzwertpapieren“ auszustatten, stieß auf den Widerstand der Briten, und so ließ ihn die Regierung wieder fallen⁶⁴.

Die Verhandlungen mit Großbritannien und den Vereinigten Staaten gestalteten sich schwierig. Obwohl man deren Forderungen in Prag als unzumutbar betrachtete⁶⁵, verlangten demokratische Minister die Fortführung der Verhandlungen und die Regierung übernahm eine Regelung nach den Schweizer Protokollen⁶⁶. Als Außenminister Jan Masaryk drei Monate später vor seiner Abreise nach Amerika wissen wollte, wie die Regierung nach den unterbrochenen Verhandlungen zu ihren Versprechungen stehe, wurde ihm zugesichert, daß „wir den Amerikanern entgegenkommen wollen“⁶⁷. Die über die Entschädigung für verstaatlichtes Eigentum 1948—1949 fortgeführten Verhandlungen endeten — außer mit den Vereinigten Staaten — mit entsprechenden Abkommen. Die tschechoslowakische Seite schätzte die Entschädigungssumme auf 6—8 Milliarden Kčs, sie war aber in Wirklichkeit höher⁶⁸. Die Abkommen mit anderen Staaten setzten fest, daß die Entschädigungssumme über einige Jahre mit Waren abgegolten werden sollte.

Mitte 1947 tauchten alte Probleme, jedoch in anderer Form als vor dem Krieg, wieder auf. Kommunistische Wirtschaftsexperten wollten die Probleme einseitig durch den Aufbau alter Industriezweige fördern⁶⁹. Um aber auf den freien Weltmärkten konkurrenzfähig zu bleiben, mußte man modernisieren, wozu es an Investitionsmitteln fehlte. Ein wirksamer Schritt war nur in Zusammenarbeit mit dem Westen möglich.

Die Tschechoslowakei bemühte sich deswegen schon seit 1945 um langfristige

⁶³ A ÚPV, Protokolle ... Sitzung v. 11. 12. 1945. — A ÚV KSČ, Fonds 100/24, a. E. 987. — Beneš Brief an Gottwald v. 6. 11. 1947.

⁶⁴ A ÚPV, Protokolle ... Sitzung v. 11. 1. 1946.

⁶⁵ Der amerikanische Botschafter Steinhardt in Prag brachte die Einstellung seiner Regierung zum Ausdruck, daß sie noch kein Abkommen abschließen wolle, weil sie die praktische Behandlung einzelner Fälle vorziehe. Wenn zwei davon positiv erledigt würden, sei sie bereit, der Tschechoslowakei einen Kredit zu gewähren. A ÚPV, Brief der Kanzlei des Regierungsbevollmächtigten am Finanzministerium v. 15. 5. 1947, Nr. 113 962/47—N/KZ/.

⁶⁶ E b e n d a, Protokolle ... Sitzung v. 3. 6. 1947.

⁶⁷ E b e n d a, Sitzung v. 9. 9. 1947.

⁶⁸ Frankreich verlangte eine Entschädigung in Höhe von 2 150 Mio Kčs, die USA 40 Mio, Kanada 192,3 Mio, Österreich 430 Mio, Belgien 425 Mio Kčs, Großbritannien 13 638 Pfund. A MNP, Fonds VM ŠÚP, a. E. 28—984, 980, 981; 29—1064, 30—1120/23, 31—1148.

⁶⁹ Wirtschaftsexperten sprachen damals oft von einer Krise oder von Krisenerscheinungen. Der Generalsekretär des Wirtschaftsrates E. Outrata schrieb von einer Krise in der Textilindustrie, L. Frejka in seinem Bericht an den Ministerpräsidenten von Krisenelementen. Chmela sprach von drohender Arbeitslosigkeit.

Kredite, zuerst bei den Londoner Banken, wo, wie Außenhandelsminister Ripka die Regierung informierte, die Aussichten gut waren⁷⁰. 1946 erhielt die Tschechoslowakei amerikanische Kredite im Wert von 72 Millionen Dollar⁷¹. Die Vergabe weiterer Kredite machte man vom Verlauf der „Entschädigungsgespräche“ abhängig, worauf die Regierung in Prag bestätigte, daß sie das Recht auf angemessene Entschädigung für das verstaatlichte Eigentum amerikanischer Bürger anerkenne⁷². Als am 13. September 1946 amerikanische Behörden die Kredithilfe unterbrachen, geschah dies nach Clementis' Überzeugung deswegen, weil der tschechoslowakische Delegierte während der Rede Wyschinskijs auf der Pariser Friedenskonferenz Beifall geklatscht habe, als dieser die USA des Dollarimperialismus bezichtigte.

Die Entscheidung der amerikanischen Regierung war aber grundsätzlicherer Natur. Masaryk informierte die Prager Regierung, daß der amerikanische Außenminister Byrnes jede Wirtschaftshilfe für die Tschechoslowakei entschieden ablehne, und nach einem Gespräch mit dem amerikanischen Politiker Bedell Smith kam er zu dem Schluß: „... man wird uns nichts auf Kredit geben, was unser Industriepotential stärken könnte ... Dies ist die definitive Stellungnahme des State Departement und wir können daran nichts ändern, solange sich die gesamtpolitische Situation nicht ändert“⁷³.

Trotz dieser Stellungnahme versuchte die Tschechoslowakei, bei der Internationalen Bank für Maschineneinrichtungen einen langfristigen Kredit in Höhe von 350 Millionen Dollar zu bekommen. Chmela war im Februar 1947 recht zuversichtlich und erwartete schon in der ersten Jahreshälfte 100 Millionen Dollar⁷⁴. Freilich schwand mit der Zeit dieser Optimismus, und Politiker wie Wirtschaftsfachleute waren sich einig, daß für einen Kredit in absehbarer Zeit nur wenig Hoffnung bestünde⁷⁵. Nach der Verkündung des Marshall-Plans glaubte aufgrund der politischen Konstellation fast niemand mehr an einen amerikanischen Kredit, den die Tschechoslowakei so dringend brauchte⁷⁶.

Zu den entschlossensten Verfechtern amerikanischer Kredite gehörte der Direktor der Nationalbank. Er empfahl, weitere Quellen auszunutzen, sich an den Internationalen Währungsfonds und weitere Finanzinstitute zu wenden. Wirtschafts-

⁷⁰ A ÚPV, Protokolle ... Sitzungen v. 17. 7., 27. 7., 31. 11. 1945.

⁷¹ Davon 20 Mio Dollar für Wolleeinkäufe, 2 Mio für Tabak und weitere für Warenüberschüsse aus den Lagern der US-Army in Europa.

⁷² A ÚPV, Protokolle ... Sitzungen v. 12. 7. und 16. 8. 1946. — Der Vertreter des Finanzministeriums informierte die Regierung (am 16. 8. 1946), daß die Freigabe des amerikanischen Kredites an die Lösung der Frage des verstaatlichten Eigentums gebunden sei. Der Finanzminister bestätigte, daß etwa 200 amerikanische Bürger die Freigabe ihres Eigentums beantragt hätten: „Es geht alles in allem um kleine Forderungen, mit Ausnahme der Petschek-Gruppe.“ Gottwald schloß die Diskussion mit den Worten: „Ich bin der Meinung, wir sollten uns einverstanden erklären, weil wir den Kredit brauchen. Das heißt, wir sollten versichern, daß wir bereit sind, die echten [!] amerikanischen Staatsangehörigen für ihr verstaatlichtes Eigentum zu entschädigen.“

⁷³ A ÚPV, Protokolle ... Sitzung v. 7. 10. 1946 (geheimer Teil).

⁷⁴ A MNP, Fond ÚPK, Sitzung v. 20. 2. 1947.

⁷⁵ E b e n d a, Sitzung v. 26. 6. 1947.

⁷⁶ E b e n d a, Sitzung v. 15. 10. 1947.

fachleute versuchten, maximale Importe amerikanischer Maschinen sicherzustellen, und drangen auf umfangreiche Bestellungen in den USA ⁷⁷.

2. Politische Entscheidungen

Am 5. Juni 1947 legte US-Außenminister Marshall in der Harvard-Universität seinen Plan vor. Die tschechoslowakische Regierung beschloß nach vier Sitzungen einstimmig, das Hilfsangebot anzunehmen. Aus Furcht, die Tschechoslowakei könnte sich von der Sowjetunion distanzieren, machten Stalin und Molotow während der Verhandlungen in Moskau rigoros ihren Standpunkt klar. Darauf stimmte die Regierung in Prag wiederum einstimmig dagegen und verurteilte am 12. Juli öffentlich Marshalls Angebot als ein Manöver, das die Politik des amerikanischen Präsidenten rechtfertigen sollte ⁷⁸. Die Sowjetunion, die in der amerikanischen Initiative eine Stärkung der amerikanischen Positionen in Europa sah, wollte über die wirtschaftliche Erneuerung Europas in der Europäischen Wirtschaftskommission der UNO diskutieren und bereitete für deren Sitzung eine repräsentative Delegation vor ⁷⁹.

Inzwischen hatten aber die Vereinigten Staaten, Großbritannien und Frankreich weitere Schritte unternommen. Das Ergebnis britisch-französischer Gespräche vom 17./18. Juni 1947 war die Entscheidung, die Verwirklichung des Marshall-Plans zu beschleunigen und zu weiteren Beratungen auch den sowjetischen

⁷⁷ E b e n d a, Sitzung v. 6. 10. 1947. Reiman sagte zur Bedeutung des Kredites: „Für den Einkauf von Maschinen in Dollarwährung haben wir kein Geld. Weil wir wenig haben und keine Kredite kriegen können, verlangsamt sich das Tempo des Zweijahresplans. Könnten wir unseren Maschinenpark modernisieren, würden wir billiger produzieren, neue Märkte erschließen und so weiter. Wir könnten von den Dollarinvestitionen sowohl bei uns wie im Ausland profitieren.“ Zu den Politikern, die glaubten, im Notfall den Produktionsaufschwung auch aus eigener Kraft zu schaffen, gehörte auch Minister Ripka. Er sprach darüber in der Öffentlichkeit, aber auch vor dem zuständigen Parlamentsausschuß. „Bis zu einem gewissen Maße ist zwar die Wiederherstellung unserer Wirtschaft, genauer gesagt ihr Tempo, schon von Auslandskrediten abhängig. Sollten wir sie nicht bekommen, wird der Wiederaufbau aufgehalten und somit sehr verlängert. Wir brauchen Auslandskredite; bekommen wir sie nicht, müssen wir trotzdem unsere Schwierigkeiten mit eigenen Kräften bewältigen.“ A FS, Fonds Zahraniční výbor ÚNS, Sitzung v. 6. 11. 1946.

Im Herbst 1947 bestellte die Tschechoslowakei in den USA Maschinen im Wert von mehreren Mio Dollar. Den größten Posten beanspruchten ein Breitbandwalzwerk (16,43 Mio Dollar) und eine Reifenfabrik (3 Mio Dollar). A ÚV KSČ, Fonds 100/24, a. E. 995. — A MNP, Fond VM SÚP, a. E. 13/540. Vor der Unterschrift ließ die tschechoslowakische Botschaft beim State Department nachfragen, ob es Schwierigkeiten bei Handelstransaktionen mit Staaten gebe, die den Marshall-Plan nicht angenommen hatten. Das State Department teilte mit, es sehe keine Gründe, die der Unterzeichnung im Wege stünden. Allerdings müsse es darauf aufmerksam machen, daß Umstände eintreten könnten, die eine Wiedereinführung der Exportkontrollen erforderlich machen würden.

Im darauffolgenden Jahr lehnte die amerikanische Regierung die Exporterlaubnis für schon bezahlte Waren im Wert von 20 Mio Dollar ab.

⁷⁸ A ÚPV, Protokolle ... Sitzung v. 24. 6. 1947 (geheimer Teil).

⁷⁹ E b e n d a.

Außenminister Molotow einzuladen. Stalin meinte, „es wäre besser, nach Paris zu gehen und später, wenn es notwendig erscheinen sollte, die Konferenz wieder zu verlassen“⁸⁰. Der Staatssekretär im tschechoslowakischen Außenministerium, Vladimír Clementis (KP der Slowakei), teilte seiner Regierung folgendes mit: „Die Sowjetunion hat uns schon über den möglichen Standpunkt Molotows in Paris informiert. Die Sowjetunion wird verlangen, daß an den Verhandlungen nur alliierte Staaten, die in Europa gegen die Deutschen gekämpft hatten und auf der Pariser Friedenskonferenz 1946 gewesen waren, teilnehmen ... Die Sowjetunion ist der Meinung, daß es gut wäre, wenn sich die Tschechoslowakei, ähnlich wie die holländische und belgische Regierung, vorbereitete und mit eigener Initiative käme.“ — Clementis schlägt deswegen vor, eine Ministerkommission zu bilden, die die tschechoslowakischen Standpunkte vorbereiten sollte⁸¹.

Am 20. Juni erklärte sich auch Polen zu Verhandlungen bereit, unter der Bedingung, daß Opfer der deutschen Aggression vorzugsweise behandelt würden⁸². Fünf Tage später bestätigte der polnische Botschafter in London dem britischen Außenminister gegenüber diese Entscheidung der polnischen Regierung⁸³.

Den tschechoslowakischen Standpunkt formulierte Außenminister Masaryk auf seiner Pressekonferenz in Norwegen: „Wir werden entschieden für eine Aktion sein, die sich die Einheit der Welt und vor allem Europas zum Ziel setzt. Wir werden aber dagegen sein, sollte es sich zeigen, das Ziel wäre eine Teilung Europas“⁸⁴.

Zwei Tage später gab Moskau in einer Note die Annahme der Einladung nach Paris bekannt. Auch Jugoslawien war für die Teilnahme⁸⁵.

Unter den Politikern der tschechoslowakischen Regierung wurden zum Marshall-Plan verschiedene Ansichten geäußert; es wurden auch Bedenken laut, ob „man sich äußern solle, bevor es die Sowjetunion selbst tue“⁸⁶. Clementis berichtete in seinem Referat, daß dieses Angebot in der ganzen Welt großen Widerhall finde. Ein Zusammentreffen der Außenminister Großbritanniens (Bevin), Frankreichs (Bidault) und der Sowjetunion (Molotow) werde vorbereitet. Clementis betonte auch, es würde genügen, sich darauf zu einigen, daß mit der amerikanischen Kreditpolitik niemand diskriminiert würde. Gottwald stimmte mit der Ansicht des Staatssekretärs Clementis überein: Ansonsten brauche und wolle man auch nichts⁸⁷.

Am 27. Juni, dem Tag, an welchem die Pariser Konferenz begann, veröffentlichte die französische Regierung Vorschläge zur weiteren Vorbereitung des Marshall-Plans, denen am nächsten Tag Vorschläge der sowjetischen Regierung folgten, die in einigen Punkten zu den französischen in Widerspruch standen. So empfand

⁸⁰ A ÚV KSČ, Gottwalds Fonds, Aufzeichnung über die Verhandlungen der tschechoslowakischen Delegation mit Stalin und Molotow in Moskau v. 9. 7. 1947.

⁸¹ A ÚPV, Protokolle ... Sitzung v. 24. 6. 1947 (geheimer Teil).

⁸² Keesings Archiv der Gegenwart 1112 B (zitiert KA).

⁸³ KA 1127 A.

⁸⁴ A ÚPV, Protokolle ... Sitzung v. 24. 6. 1947 (geheimer Teil).

⁸⁵ KA 1127 H.

⁸⁶ A ÚV KSČ, Fonds der Sozialdemokratie. Vorstandssitzung v. 26. 6. 1947; Marshalls Rede wurde vom Gewerkschaftsvorsitzenden Zápotocký (KPTsch) und zwei führenden sozialdemokratischen Funktionären, Laušman und Fierlinger, scharf verurteilt.

⁸⁷ A ÚPV, Protokolle ... Sitzung v. 24. 6. 1947 (geheimer Teil).

z. B. Moskau den gemeinsamen Wirtschaftsplan als Einmischung in die inneren Angelegenheiten der kleineren Staaten, oder sah in der Teilnahme Deutschlands einen Versuch, die deutsche Frage zu lösen, was einzig dem Ministerrat der vier Großmächte zustehe⁸⁸. Am 2. Juni lehnte Molotow die britisch-französischen Vorschläge ab, warnte vor ihren Folgen und verließ Paris.

In der tschechoslowakischen Öffentlichkeit war zunächst die Hoffnung gehegt worden, daß die Großmächte doch in der zwölften Stunde zusammenfinden und Europa als einheitliches Territorium ansehen würden⁸⁹. Vom 2. bis 4. Juli war eine polnische Regierungsdelegation zu Gast in Prag, und man diskutierte mit Außenhandelsminister Ripka sogar über ein gemeinsames Vorgehen. Dem stellvertretenden Ministerpräsidenten Zenkl sagte der polnische Außenminister Modzelewski ausdrücklich, daß beide Länder alles unternehmen müßten, um an der Konferenz teilnehmen zu können. Dieselbe Einstellung vertraten die tschechoslowakischen Politiker⁹⁰.

Am 4. Juli verhandelte man in der 95. Regierungssitzung über die Einladung nach Paris. Masaryk schlug vor, die vom französischen und britischen Botschafter angekündigte Einladung anzunehmen und den tschechoslowakischen Botschafter in Paris damit zu beauftragen, sein Land dort zu vertreten.

Gottwald verlangte von der Regierung, eine genaue Position zu beziehen, damit es später nicht zu Mißverständnissen komme. Zudem solle das Regierungspräsidium damit beauftragt werden, eine Delegation zu ernennen und ihr auch Instruktionen zu geben⁹¹. Die Regierung nahm Gottwalds Vorschlag an und beauftragte formell das Präsidium, am Montag, den 7. Juli (nachdem die offizielle britische und französische Note bekannt geworden war), im Einvernehmen mit dem Außenminister Masaryk die Delegation für die Konferenz zu bestimmen und ihr auch Instruktionen zu geben.

Weiter verhandelte die Regierung über den Freundschaftsvertrag mit Frankreich. Auf Aufforderung Gottwalds, einen Bericht über die Verhandlungen des Regierungspräsidiums mit Staatspräsident Beneš bezüglich des tschechoslowakisch-französischen Vertrages zu geben, teilte Masaryk mit, es sei vereinbart worden, vor allem die Verbündeten zu konsultieren und in Moskau nachzufragen, ob im Zusammenhang mit der Reise Ripkas auch Gottwald und Masaryk kommen könnten. Er habe sich daher mit Moskau in Verbindung gesetzt und folgende Antwort erhalten: „Die sowjetische Regierung begrüßt einen Besuch Gottwalds und Masaryks,

⁸⁸ KA 1127 H.

⁸⁹ Nové řemeslo [Neues Handwerk] Nr. 27 v. 1. 7. 1947, 3. — Mladé proudy [Junge Strömungen] Nr. 7 v. 30. 6. 1947, 5.

⁹⁰ A ÚPV, Protokolle ... Sitzung v. 10. 7. 1947 (geheimer Teil). Auch Masaryk bestätigte vor dem außenpolitischen Ausschuß die polnische Position: „Ich habe gestern mit meinen polnischen Freunden gesprochen. Auch sie warten freilich ab wie ich. Sie sagen, man könne es nicht außer acht lassen, man müsse die Sache verfolgen.“ A FS, Fonds außenpolitischer Ausschuß ÚNS, Sitzung v. 4. 7. 1947.

⁹¹ A ÚPV, Protokolle ... Sitzung v. 4. 7. 1947 (geheimer Teil). — Právník [Der Jurist] (1968) 179. Drtina erinnert sich (veröffentlicht von V. Pavlíček in seinem Artikel: Únor [Februar] 1948).

bei dem alle aktuellen politischen Fragen diskutiert werden könnten⁹².“ Moskau schlug als Besuchstermin den 8. Juli vor. Im Regierungsbeschluss wurde nun folgendes vereinbart: Gottwald, Masaryk und Ripka (der über die wirtschaftlichen Beziehungen verhandeln sollte) fahren zu einem kurzen Besuch nach Moskau, um dort mit der sowjetischen Regierung alle aktuellen Fragen der internationalen Politik zu diskutieren.

Am 4. Juli sprach Außenminister Masaryk vor dem außenpolitischen Ausschuss der Nationalversammlung unter anderem über den Marshall-Plan und die Abreise Molotows aus Paris. Er hielt dies für eine sehr ernste Sache, und hoffte, es würde nicht den endgültigen Bruch bedeuten. Er meinte, man müsse mit dem Marshall-Plan in Kontakt bleiben, dürfe aber nichts unternehmen, was als Annäherung an das, was man den Westblock zu nennen beginne, ausgelegt werden könnte. Nichtsdestoweniger glaubte er, es werde nicht so bald zur Bildung dieser Blöcke kommen.

Auf Fragen einiger Abgeordneter, ob die Tschechoslowakei an der Pariser Konferenz teilnehmen würde, auch wenn es zu Konflikten mit den Verbündeten kommen sollte, antwortete Masaryk: „Meine private Meinung ist, daß wir in irgendeiner Form teilnehmen würden.“ Die Tschechoslowakei habe ein vitales Interesse an ökonomischer Zusammenarbeit mit dem Westen, aber es sei die erste Bedingung ihrer Außenpolitik, nichts zu unternehmen, was als eine flagrante Uneinigkeit mit Moskau ausgelegt werden könne. Schließlich erklärte Masaryk, daß die Tschechoslowakei eine Demarche vorbereite, in der das Interesse am Marshall-Plan dargelegt werde: „Wir sehen sehr deutlich, daß wir über viele Probleme mit der Sowjetunion reden müssen, vergessen Sie nicht, daß wir schon seit einem Jahr nicht mehr in Rußland gewesen sind ... Also ist es auch mein Wunsch, unseren Standpunkt den Sowjets zu erklären ... Es ist notwendig, mit führenden Politikern wie Stalin und Molotow zu reden. Ich hoffe, es gelingt mir in absehbarer Zeit“⁹³.

Am nächsten Tag erschien im Parteiorgan der KPTsch Rudé právo ein Artikel über den Zusammenstoß auf der Pariser Konferenz. Das Blatt sah im Marshall-Plan zum ersten Mal eine Bedrohung der Souveränität kleiner Staaten, denn „der unausgesprochene Zweck des Plans ist es, Deutschland (wieder) auf die Beine zu helfen“⁹⁴.

Mit Ausnahme Prags⁹⁵ konsultierten die Regierungen der sowjetischen Einflusssphäre, nachdem sie die Einladung nach Paris erhalten hatten, Moskau. Da jedoch Stalin inzwischen den Marshall-Plan als einen Versuch betrachtete, die Sowjetunion zu isolieren, wurden auch die Regierungen in Belgrad, Warschau und Bukarest in diesem Sinne informiert⁹⁶.

Am 6. Juli übergab der sowjetische Geschäftsträger in Prag Bodrow der tschechoslowakischen Regierung eine Note, in der es hieß: „Wir halten es für notwendig,

⁹² E b e n d a.

⁹³ A FS, Fonds außenpolitischer Ausschuss ŮNS, Sitzung v. 4. 7. 1947.

⁹⁴ Rudé právo [Rotes Recht] v. 5. 7. 1947, 2.

⁹⁵ A ŮV KSČ, Gottwalds Fonds, Československé hospodářství v letech 1948—1955. Bd. 2: Kaplan, K. / Kořalková, K.: Vnitřní a vnější podmínky hospodářského vývoje [Außen- und innenpolitische Bedingungen der Wirtschaftsentwicklung]. Prag 1970, 11.

⁹⁶ A ŮV KSČ, Gottwalds Fonds, Zápis o jednání čs. delegace.

Sie über den Inhalt der Beratungen der drei Außenminister in Paris bezüglich der Gewährung der Kredite zu informieren.“ Weiterhin wird festgestellt, daß die sowjetische Regierung von Anfang an dem Marshallangebot kein Vertrauen geschenkt, jedoch an den Pariser Beratungen teilgenommen habe, um die Bedingungen der Kreditvergabe festzustellen. Weil das Vorgehen der beiden westlichen Außenminister eine Einmischung in die inneren Angelegenheiten fremder Staaten darstelle, habe man zu keiner Einigung kommen können. Die Sowjetunion schlage vor, zuerst zu untersuchen, wie realistisch die Kredite seien, dann Forderungen einzelner Staaten zu ermitteln und zum Schluß den Gesamtplan zusammenzustellen und die Bedürfnisse einzelner Staaten aufgrund der amerikanischen Kredite nach Möglichkeit zu befriedigen. Die Note endete: „Die sowjetische Regierung hielt es für notwendig, Ihnen diese Information zu geben, auch deswegen, weil — wie schon bekanntgegeben — die Briten und Franzosen Beratungen europäischer Staaten für den 12. Juli ansetzen. Dabei werden wahrscheinlich dieselben Fragen erörtert werden.“

Bei der Übergabe fügte Bodrow mündlich hinzu, die sowjetische Regierung sehe in dem anglofranzösischen Vorschlag die Gefahr einer Einmischung in die innere Wirtschaftsordnung europäischer Staaten mit Hilfe des amerikanischen Dollars und wolle mit dieser Note ihren Verbündeten ihre Einstellung erläutern. Es sei seiner Meinung nach nicht ausgeschlossen, daß es notwendig sein werde, die Konferenz zu besuchen. Bodrow wiederholte jedoch dreimal, daß die Note über eine Teilnahme nichts aussage und er diesbezüglich keinerlei Instruktionen erhalten habe⁹⁷.

Am 7. Juli, einige Tage nach einem Gespräch Gottwalds mit dem stellvertretenden sowjetischen Außenminister Wyschinskij (der sich zur Kur in Karlsbad aufhielt) und einen Tag vor der Abreise der Regierungsdelegation nach Moskau, genehmigte das Regierungspräsidium die Teilnahme der Tschechoslowakei an der Pariser Konferenz unter der Bedingung, daß die definitive Entscheidung erst nach den ersten Gesprächen in Paris fallen würde, und ernannte den tschechoslowakischen Botschafter in Paris Nosek zu seinem beobachtenden Vertreter. (Von dieser Sitzung gibt es keine schriftlichen Aufzeichnungen, Bemerkungen darüber tauchen aber in der Diskussion der Minister am 10. Juli 1947 auf.)

Die Kommunisten und Fierlinger waren unentschlossen. Die Regierung wollte dem Wunsch des Präsidenten, an der Konferenz teilzunehmen, entsprechen und entschied deswegen schon am 4. Juli, die Einladung anzunehmen. Auch wurde die Ansicht geäußert, „unsere Teilnahme würde der Sowjetunion zugute kommen“⁹⁸. Merkwürdig war das Benehmen Gottwalds, der nach seinem Gespräch mit Wyschinskij und nach der sowjetischen Note keinen Versuch unternahm, eine Änderung der Position durchzusetzen.

Die nichtkommunistische Presse und Politiker demokratischer Parteien traten für die Richtigkeit der Entscheidung ein, und sie nahmen sogar an, daß unter Um-

⁹⁷ Zu jener Zeit amtierte in Prag kein sowjetischer Botschafter. V. Zorin war stellvertretender Außenminister geworden, und der neue Botschafter war noch nicht ernannt.

⁹⁸ A ÚPV, Protokolle . . . Sitzung v. 10. 7. 1947 (geheimer Teil). Sitzung des Regierungsvorstandes v. 7. 7. 1947.

ständen auch andere Staaten des Ostblocks der Einladung nach Paris Folge leisten würden⁹⁹. In der ausländischen Presse sah man in der Prager Entscheidung einen Versuch „einer neuen internationalen Linie, in der der eiserne Vorhang seine drohende Form verliere“¹⁰⁰.

Am 9. Juli flog die Regierungsdelegation (Gottwald, Masaryk und Drtina anstelle des erkrankten Ripka) nach Moskau. Am gleichen Tag beschäftigte sich das Regierungspräsidium wieder mit der Teilnahme an der Pariser Konferenz. Man diskutierte über den Grundtenor der Rede Noseks, in der hervorgehoben wurde, daß die Teilnahme Deutschlands automatisch den tschechoslowakischen Verzicht bedeuten würde.

In Moskau erfuhr die tschechoslowakische Delegation, daß Bulgarien und Jugoslawien inzwischen die Einladung nach Paris abgelehnt hätten und daß nur die rumänische politische Opposition die Regierung zur Annahme auffordere¹⁰¹.

In seiner Rede auf dem Moskauer Flughafen bekannte sich Gottwald vorbehaltlos zur Allianz mit der Sowjetunion, denn ohne sie könne man sich eine freie und unabhängige Tschechoslowakei nicht vorstellen. Er äußerte auch die Überzeugung, daß sich die brüderlichen Bande zwischen beiden Ländern in den bevorstehenden politischen und wirtschaftlichen Gesprächen noch weiter festigen würden¹⁰². Am nächsten Tag kritisierten die sowjetischen Massenmedien zum ersten Mal die tschechoslowakischen demokratischen Parteien, daß sie mit der Teilnahme am Marshall-Plan die Schwächung, ja die Annullierung des Bündnisses mit der Sowjetunion angestrebt hätten¹⁰³.

Am 9. Juli 1947 begannen in den Abendstunden auch die Verhandlungen im Kreml. Zuerst empfing Stalin Gottwald allein, später verhandelten Stalin und Molotow mit der ganzen Delegation. Obwohl es von der Begegnung Stalin-Gottwald keine Aufzeichnungen gibt, kann man aus indirekten Andeutungen sowie späteren Schilderungen seiner politischen Freunde schließen, daß Stalin an die Adresse der KPTsch-Führung und insbesondere Gottwalds eine harte Kritik richtete, weil diese als stärkste Regierungspartei nicht imstande gewesen war, den Beschluß über die Teilnahme an der Pariser Konferenz zu verhindern. Über die Gespräche im Kreml existiert folgende von Gottwald, Masaryk und Drtina unterzeichnete Depesche nach Prag:

„Stalin erwähnte zuerst, daß die Regierungen Jugoslawiens, Polens und Rumäniens vor ihrer eigenen Entscheidung in Moskau angefragt und erst dann ihre Entscheidung getroffen hätten. Sowohl Stalin als auch Molotow verbargen uns nicht, daß sie von der Entscheidung der tschechoslowakischen Regierung, die Einladung nach Paris anzunehmen, überrascht waren. Sie betonten, daß der wahre Zweck des

⁹⁹ Lidová demokracie [Die Volksdemokratie] v. 9. 7. 1947, 1. — Právo lidu [Recht des Volkes] v. 9. 7. 1947, 2. — Archiv der Tschechoslowakischen Volkspartei, Prag. Zápisy z klubu poslanců 1946—47 [Aufzeichnungen des Abgeordnetenklubs]. Sitzung v. 8. 7. 1947. — Právník (1948) 181.

¹⁰⁰ New York Times v. 9. 7. 1947 (zitiert in: Lidová demokracie v. 10. 7. 1947).

¹⁰¹ KA 1139 B, C, C. — Právník (1968) 279.

¹⁰² Gottwald: Spisy XIV 1958, 89 f.

¹⁰³ A ÚPV, Protokolle ... Sitzung v. 10. 7. 1947 (geheimer Teil).

Marshall-Planes sei, einen Westblock zu bilden, und ... die Organisatoren der Konferenz nicht ohne Einfluß auf die politische und wirtschaftliche Unabhängigkeit der Teilnehmer bleiben würden. Angesichts dieser Situation würde die Sowjetunion unsere Teilnahme als Riß in der Front der slawischen Staaten und eine gegen die Sowjetunion gerichtete Handlung betrachten. Stalin erklärte, hier gehe es um Dinge, von denen unsere Freundschaft zur Sowjetunion abhängt. Es gebe in der sowjetischen Regierung keine Person, die unsere Freundschaft zur Sowjetunion anzweifelt. Unsere Teilnahme in Paris werde den Völkern der Sowjetunion vor Augen führen, daß wir uns als Instrument gegen die Sowjetunion hätten mißbrauchen lassen, und das würde weder die sowjetische Öffentlichkeit noch die sowjetische Regierung ertragen können. Deswegen, meint Stalin, sollten wir unsere Zusage zurückziehen. Wir könnten dies mit dem Hinweis begründen, daß sich durch die Abwesenheit anderer slawischer Völker und weiterer osteuropäischer Staaten eine neue Situation ergeben habe und daß sich unsere Teilnahme nicht gegen die Freundschaft mit der Sowjetunion und unseren übrigen Verbündeten richten könne.“

Diese Depesche gibt den Verlauf der Gespräche nur verkürzt wieder, ausführlichere Protokolle Heindrichs und die Erinnerungen Drtinás machen uns mit weiteren Einzelheiten bekannt. Demnach habe Stalin ruhig („es war kein Auf-den-Tisch-hauen“), aber eindeutig den Marshall-Plan verurteilt als Versuch, die Sowjetunion zu isolieren. Genauso kategorisch habe er vom Ende der Freundschaft und der Allianz mit der Tschechoslowakei gesprochen, falls sie ihre Stellung nicht ändere. Er habe seine Überraschung und seinen Groll darüber, daß Prag nicht (wie die anderen osteuropäischen Staaten) in Moskau nachgefragt habe, nicht verborgen. Die ursprüngliche Absicht Drtinás und Masaryks, in Moskau zu erklären, daß die tschechoslowakische Regierung bei der Annahme der Einladung nach Paris von rein wirtschaftlichen Gesichtspunkten ausgegangen sei, wurde fallen gelassen, weil Gottwald beharrlich schwieg.

Die Depesche endete mit den Worten: „Rufen Sie also alle erreichbaren Regierungsmitglieder zusammen und machen Sie diese mit dem Inhalt unseres Gespräches mit Stalin und Molotow bekannt. Wir betrachten es als unerläßlich, daß Sie unsere Teilnahme in Paris absagen und so veröffentlichen, daß wir die Bekanntmachung hier bis zum Donnerstag (den 11. Juli) Nachmittag haben. Außerdem teilen Sie uns sofort telefonisch ihre Entscheidung mit. Das ausführliche Protokoll über das Gespräch bringen wir mit.“

Clementis und Široký besprachen nach Kenntnisaufnahme der Depesche mit Präsident Beneš in Sezimovo Ústí die Lage. Beneš „bevollmächtigte sie, in der Regierung zu erklären, daß nach dieser klaren Stellungnahme der Sowjetunion die Frage, ob die Teilnahme zurückzuziehen sei oder nicht, überhaupt nicht zur Diskussion stehe. Es sei völlig klar, daß man die Zusage zur Teilnahme zurücknehmen müsse“¹⁰⁴.

Als die Regierung zusammentrat, unterbreitete Clementis den Vorschlag, „dem britischen und französischen Botschafter ein Memorandum zu überreichen, da die Tatsache, daß eine Reihe von Staaten, mit denen die Tschechoslowakische Republik

¹⁰⁴ E b e n d a , Přílohy [Beilagen].

enge wirtschaftliche und politische Beziehungen unterhalte (die vertraglichen Charakter hätten), und fast alle Staaten Mittel- und Osteuropas an der Pariser Konferenz nicht teilnehmen, bedeute, daß eine neue Situation entstanden sei, die die tschechoslowakische Regierung zur Überprüfung ihres ursprünglichen Beschlusses veranlaßt habe. Die Regierung habe daher entschieden, die Tschechoslowakei werde an der genannten Konferenz nicht teilnehmen“¹⁰⁵.

Daraufhin forderten die Minister der Nationalsozialistischen, Demokratischen und Volks-Partei, daß die Sitzung unterbrochen werde, damit sie sich mit ihren Parteien beraten könnten, doch die kommunistischen Minister hielten dies für überflüssig.

Weiter suchte man nach der geeigneten Form, um die veränderte Position zu formulieren. Stránský meinte dazu: „Es geht nicht darum, ob wir nach der sowjetischen Empfehlung die Konferenz beschicken sollen. Die Frage ist nur, wie man die Sache jetzt liquidiert und was man den Botschaftern antworten soll. Der Vorschlag, den Clementis machte, ist für mich nicht akzeptabel. Die tschechoslowakische Regierung hat unter dem Vorsitz des Ministerpräsidenten Gottwald einstimmig ihre Anwesenheit auf der Pariser Konferenz beschlossen. Diese Entscheidung ist von sowjetischer Seite kritisiert worden. Wenn diese Kritik zutreffend ist, muß sich die Regierung rechtfertigen. Es geht darum, ob die Regierung etwas gemacht hat, was die Bildung zweier Blöcke zur Folge hätte, darunter einen antisowjetischen, und ob die Sowjetunion isoliert werden solle, und zwar mit der Zusage der Kredite. Diese Anschuldigung ist ungerecht. Die tschechoslowakische Regierung hat aus zwei Gründen nichts dergleichen getan: 1. Auch wenn die tschechoslowakische Regierung an den Pariser Verhandlungen teilnähme, könnte sie mit den anderen keinen antisowjetischen Block bilden; denn über unsere Beziehungen zur Sowjetunion kann es keine Zweifel geben. 2. Es ist allgemein bekannt, daß wir mit der Beschickung der Konferenz keine Verpflichtungen übernehmen wollten. Wir hätten uns während der Konferenz weiter entscheiden können“¹⁰⁶.“ Außerdem ist Stránský der Auffassung, die Sowjetunion hätte nach ihrem Meinungsumschwung die tschechoslowakische Regierung unverzüglich informieren sollen: „unsere Delegation fuhr (schließlich) nach Moskau, um über den Freundschaftsvertrag mit Frankreich, nicht aber über die Pariser Konferenz, zu beraten. Jetzt befinden wir uns in einer unangenehmen Lage. Die Regierung erklärte, sie schicke einen Vertreter nach Paris, und jetzt ändert sie unter fremdem Druck ihre Position. Und dabei versicherte die Sowjetunion vor nicht so langer Zeit, sie übe auf niemanden Druck aus.“ Stránský verlangt, die Angelegenheit so zu regeln, daß jedem klar werde, daß dafür nicht die tschechoslowakische Regierung verantwortlich sei. Einerseits könne Stalins Verdacht begründet sein, andererseits sei aber auch gerade das Gegenteil möglich, daß nämlich die Aussicht auf eine Verständigung zwischen Ost und West zerstört werde. Daß sich die Welt zum erstenmal in zwei Blöcke teile, hält Stránský für keine gute Politik, doch man müsse freilich so vorgehen, wie es sich für einen Verbündeten der Sowjetunion gehöre. Deswegen empfiehlt er, die Antwort so zu formulieren, daß daraus klar her-

¹⁰⁵ A ÚV KSČ, Gottwalds Fonds, Zápis o jednání.

¹⁰⁶ A ÚPV, Protokolle ... Sitzung v. 10. 7. 1947 (geheimer Teil).

vorgehe, daß die tschechoslowakische Regierung nichts gegen die Sowjetunion unternehmen habe und es auch nicht beabsichtige. Nur unter diesem Gesichtspunkt trete man vom ursprünglichen Standpunkt zurück.

Fierlinger glaubt, daß man der Sowjetunion keine Vorwürfe machen könne, es gehe jetzt nur darum, aus der Sackgasse herauszufinden. Da aber in Paris ganz Mitteleuropa nicht vertreten sein werde, wäre die einzige Möglichkeit, die Absage damit zu erklären, daß man auf der Konferenz nicht allein sein wolle. Fierlinger wiederholt, daß Modzelewski offenbar die gleiche Note (wie die Tschechoslowakei) erhalten, sie aber besser verstanden habe¹⁰⁷.

Über den eigentlichen Zweck des Marshall-Plans war man verschiedener Ansicht. So war Kopecký überzeugt, daß die Regierung mit ihrer neuen Stellungnahme alle Versuche, die Sowjetunion zu isolieren, zunichte mache. Andererseits würden, bei einem Festhalten an der Anmeldung, innenpolitisch zwei Fronten entstehen. Er bezweifelt auch, ob ein Wiederauftauchen Deutschlands auf den Weltmärkten willkommen wäre.

Clementis betrachtete den Marshall-Plan als die Fortsetzung der Truman-Doktrin, also eine Unterstützung derjenigen Staaten, die einen Wall gegen den Bolschewismus bilden sollten.

Fierlinger meinte, der amerikanische Kongreß mit seiner republikanischen Mehrheit würde nie einem Plan zustimmen, an dem auch die Sowjetunion teilhabe. Daher nähmen die Westmächte der Sowjetunion gegenüber eine unehrliche Haltung ein.

Zenkl wies darauf hin, daß die Tschechoslowakei in ihrer mißlichen wirtschaftlichen Situation durch die Teilnahme an der Pariser Konferenz keinesfalls ein Risiko eingegangen wäre, denn bei unannehmbaren Bedingungen hätte sie Abschied nehmen, andernfalls etwas dazugewinnen können.

Stránský fragte weiter, wie es möglich sei, daß weder der Ministerpräsident noch der Außenminister vor der tschechoslowakischen Entscheidung in Moskau nachgefragt hätten.

Kopecký erwiderte, daß das Regierungspräsidium, irritiert durch verschiedene Umstände, einen Fehler gemacht habe, wie man jetzt sehe. Zenkl schlug vor, das Regierungskommuniqué in zwei Fassungen zu veröffentlichen. Die allgemeinere, breitere solle erklären, daß die tschechoslowakische Regierung sich für die Teilnahme an der Konferenz in der Überzeugung entschieden habe, daß es das Ziel der Konferenz sei, wirtschaftliche Hilfe anzubieten, ohne dabei bestehende wirtschaftliche und politische Verträge zu beeinträchtigen. Darin sei die tschechoslowakische Regierung durch den sowjetischen Diplomaten Bodrow und die polnischen Minister bestätigt worden. Weil die Teilnahme jetzt aber als feindlicher Akt den Verbündeten gegenüber betrachtet werde, ändere die Regierung ihre Einstellung. Die zweite engere Fassung solle nur die Gründe enthalten, weswegen die Regierung ihre Position ändere.

Fierlinger fürchtete die Reaktion Moskaus auf ein solches Kommuniqué, und Clementis empfiehlt, seinem Vorschlag einstimmig zuzustimmen, da Zenkls Kommuniqué in der Sowjetunion und auch in der Tschechoslowakei eine Diskussion

¹⁰⁷ E b e n d a.

auslösen würde. Stránský wiederum kritisierte, Clementis würde bei seiner Formulierung der öffentlichen Meinung nicht genügend Rechnung tragen; denn wenn man Beschlüsse nur mit Rücksicht auf andere Staaten ändere, sei man kein souveräner Staat mehr. Man ändere aber seine Stellungnahme nicht, weil etwa andere Staaten anders entschieden hätten, sondern weil befreundete Staaten im ersten Entschluß „einen Schritt gegen ihre Interessen sehen könnten“.

Široký, der die Sitzung leitete, stellte fest, daß man sich darin einig sei, den Regierungsbeschuß vom 4. Juli 1947 zu widerrufen. Eine Ministerkommission, bestehend aus Široký, Fierlinger, Kopecký und Zenkl, solle ein Kommuniqué entwerfen. Zenkl lehnte ab und beharrte auf seiner Formulierung. In dem anschließenden Streit bezüglich der Kommuniquévorschläge stellten sich die kommunistischen und sozialdemokratischen Minister gegen Zenkl. Dieser verlangte eine Unterbrechung der Sitzung, um sich mit den Abgeordneten seiner Partei zu beraten.

Nach etwa eineinhalbstündiger Pause wurde die Sitzung gegen 20.15 Uhr wieder eröffnet. Das von Široký vorgelesene Kommuniqué — Zenkl forderte nur stilistische Änderungen — wurde einstimmig angenommen: „Es wird festgestellt, daß alle slawischen Staaten und andere Länder Zentral- und Osteuropas die Einladung zur Pariser Konferenz nicht angenommen haben. An der Konferenz werden also die Staaten nicht teilnehmen, mit denen die Tschechoslowakei in engen wirtschaftlichen und politischen Beziehungen steht. Unter diesen Umständen könne die Beteiligung der Tschechoslowakei an dieser Konferenz als eine Handlung interpretiert werden, die sich gegen die Freundschaft der Tschechoslowakei mit der Sowjetunion und anderen unserer Alliierten richtet. Die Regierung hat deswegen einstimmig beschlossen, an der Konferenz nicht teilzunehmen.“

Zenkl schlug vor, Ministerpräsident Gottwald solle bei seinen Verhandlungen in Moskau dagegen Einspruch erheben, daß sowohl in der sowjetischen Presse als auch im sowjetischen Rundfunk Nachrichten verbreitet würden, wonach einige politische Parteien der Nationalen Front ihre Verpflichtungen aus dem Freundschaftsvertrag mit der Sowjetunion nicht erfüllen wollten¹⁰⁸.

Das Prager Kommuniqué enthielt in abgeschwächter Form die Grundgedanken der Vorschläge von Clementis und Zenkl. Inhaltlich unterschied es sich aber von den Antworten, die andere Staaten nach Paris schickten, dadurch, daß es sich auf die Begründung des Meinungsumschwungs konzentrierte.

Vor der Abreise der tschechoslowakischen Delegation aus Moskau und nach der Ankunft in Prag hielt Gottwald kurze Ansprachen, in denen er indirekt am Marshall-Plan Kritik übte. „Es wird heutzutage von einer Hilfe bei der Erneuerung Europas geredet. Keiner sagt aber klar, wie sie aussehen soll. Ich glaube, unsere Moskauer Verhandlungen sind ein gutes Beispiel der Zusammenarbeit unter Nationen“¹⁰⁹.

Gottwald informierte die tschechoslowakische Regierung über die drei Verhandlungsthemen: 1. die Stellungnahme der sowjetischen Regierung zur Teilnahme

¹⁰⁸ Československý denní tisk [Tschechoslowakische Tagespresse] v. 11.7.1947. — KA 1140 F.

¹⁰⁹ Gottwald: Spisy XIV 1958, 91—93.

der Tschechoslowakei an der Pariser Konferenz, 2. die Stellungnahme der sowjetischen Regierung zum tschechoslowakisch-französischen Freundschaftsvertrag, 3. der Handelsvertrag mit der Sowjetunion. Bei diesen Verhandlungen sei es der tschechoslowakischen Delegation gelungen, den Generalissimus und seinen Außenminister Molotow zu überzeugen, daß die Tschechoslowakei ihre Anmeldung zur Pariser Konferenz in guter Absicht beschlossen habe. Deren Widerruf sei mit großer Genugtuung zur Kenntnis genommen worden und habe auch die Wirtschaftsverhandlungen positiv beeinflusst. Sowjetischerseits sei betont worden, daß die Pariser Konferenz nur ein Versuch sei, die Sowjetunion zu isolieren; darum habe der tschechoslowakische Staat an diesem Unternehmen nicht teilnehmen können. Nach Meinung des Generalissimus hätte die Teilnahme an der Konferenz der Tschechoslowakei keine materiellen Vorteile gebracht.

Gottwald beschloß seine Ausführungen mit der Bemerkung, daß die Regierung richtig gehandelt habe und die Zukunft dies bestätigen werde. Daraufhin fühlte sich der sozialdemokratische Minister Majer verpflichtet, der Regierung trotzdem mitzuteilen, welche Reaktion ihre Entscheidung, nun doch nicht an der Pariser Konferenz teilzunehmen, ausgelöst habe. Majer glaubte, die Regierung habe einen Fehler gemacht. Das Regierungskommuniqué sei nicht gut formuliert worden und habe in Paris wie eine Bombe eingeschlagen. Der Gesamteindruck sei der gewesen, die Tschechoslowakei habe sich einem bestimmten Druck gebeugt. Die Nachrichten hätten davon berichtet, daß die tschechoslowakische Regierung ihre Entscheidung aufgrund eines Telefongesprächs mit Moskau getroffen habe. Majer war der Meinung, man hätte auf der Konferenz bleiben sollen, um durch seine Anwesenheit zur Bereinigung der Atmosphäre und zur Zerstreuung verschiedener unwahrer Informationen über die Tschechoslowakei beizutragen. Gottwald faßte nochmals zusammen, daß man bei der Anmeldung nicht gewußt habe, daß man in Paris allein sein werde, daß man aber ohne die Verbündeten nicht nach Paris hätte gehen können. Anschließend billigte die Regierung das Vorgehen der Delegation in Moskau¹¹⁰.

Die ursprüngliche Entscheidung der tschechoslowakischen Regierung, an der Pariser Konferenz teilzunehmen, geschah also weder in der Absicht, den eigenen Standpunkt gegen die Sowjetunion durchzusetzen, noch sich abzukoppeln. Sie war ganz einfach ein Mißverständnis. Moskau brauchte längere Zeit, um sich über den Marshall-Plan klar zu werden und teilte seinen Standpunkt Prag nicht rechtzeitig mit. Die Prager Regierung ihrerseits hielt keine Rücksprache mit Moskau und gab sich mit der Erklärung Bodrows zufrieden. Daß die demokratischen Parteien dem späteren sowjetischen Druck nicht mit Gegendruck begegneten, dafür gab es vor allem zwei Gründe: Einerseits war man sich der Zugehörigkeit zur sowjetischen Einflußsphäre bewußt, andererseits überwog die Einsicht, daß man diesen Zustand nicht ändern könne. Minister Hála (Volkspartei) erklärte dies den Abgeordneten seiner Partei folgendermaßen: „Sofern es möglich war, versuchten wir [die Revokation] der Außenwelt zu begründen. Es blieb uns doch nichts anderes übrig, nachdem uns die Großen Drei in Jalta der sowjetischen Einflußsphäre zugeordnet hatten. Wenn der Kreml gegen die Pariser Konferenz war, mußten wir uns an-

¹¹⁰ A ÚPV, Protokolle ... Sitzung v. 15. 7. 1947 (geheimer Teil).

passen, weil wir von keinem anderen Staat eine Garantie haben für den Fall, daß wir angegriffen werden sollten ¹¹¹.“

Tatsächlich sah man in der Allianz mit der Sowjetunion immer noch die einzige Garantie im Falle einer deutschen Bedrohung. So sagte Drtina am 24. Februar 1948 (also einen Tag vor der kommunistischen Machtübernahme) auf der Sitzung seiner Partei, er wisse, daß sich einige Parteimitglieder völlig mit Recht die Frage stellen würden, ob die Entscheidung richtig gewesen sei, jedoch hätte die Entscheidung aufgrund der gemeinsamen Verantwortung dem Volk gegenüber nicht anders ausfallen können; denn: „Die wichtigste Garantie unserer Sicherheit ... beruht auf unserer engen Zusammenarbeit mit der Sowjetunion ¹¹².“

Die wirtschaftlichen Folgen der Ablehnung des Marshall-Planes waren für die Tschechoslowakei gravierend. Sie hatte die einzige Möglichkeit, den Weg zu einer modernen Industriegesellschaft anzutreten, nicht genutzt. Die weitere Entwicklung brachte eine immer engere Bindung zum Sowjetblock und besonders zu Moskau.

¹¹¹ Archiv der Tschechischen Volkspartei, Aufzeichnungen von Sitzungen des Abgeordneten-Klubs. Sitzung v. 5. 9. 1947. — *Právník* (1968) 181.

¹¹² Protokoll über die Sitzung des Exekutivausschusses der Volkssozialistischen Partei vom 24. Februar 1948.